

13.10.2023 - Pressemitteilung 2023-14

Wie ernst nehmen die Parteien in Höchst den Naturschutz?

Der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) bezweifelt die Ernsthaftigkeit, mit der Fraktionen der Höchster Gemeindevertretung Naturschutzanliegen verfolgen. Diese Einschätzung resultiert aus dem Befund, den der Umweltverband heute an den Gemeindevorstand von Höchst adressiert hat. Darin stellt der BUND fest, dass seit 10 Jahren eine Ausgleichsmaßnahme in Hummetroth auf ihre Verwirklichung wartet, die seinerzeit im Bebauungsplan ‚Im Wiesenläppchen‘ am nördlichen Ortsende festgesetzt wurde.

Nach 10 Jahren nur Baumruinen sichtbar

Damals wurden für 4 neue Bauplätze 26 neue Obstbäume – davon auf jedem Baugrundstück einer – auf der angrenzenden Wiese als Ausgleich bestimmt. Zusätzlich sollte eine Wiesenfläche an der Landesstraße nach Höchst nur noch einmal pro Jahr gemäht werden. Ob die letztgenannte Maßnahme durchgeführt wurde und wird, kann von außen nicht beurteilt werden. Dem betreffenden Landwirt hält der BUND jedoch zu gute, dass er um diese Verpflichtung weiß und danach handelt. Ob die Gemeindeverwaltung derartige Maßnahmen überwacht, ist nicht bekannt.

Der augenfällige Befund der Baumpflanzung lässt jedoch den Schluss zu, dass Verwaltung und Parlament an der Realisierung des Beschlusses aus 2013 nicht sonderlich interessiert sind. Von etwa 15 um 2017 gepflanzten Obstbäumen sind zur Zeit kaum die Hälfte noch am Leben. Zitat aus dem Plan: ‚... Obstbäume ... sind anzupflanzen und auf Dauer zu erhalten.‘ Nach dieser Vorgabe müsste das Gebiet heute mit 26 lebendigen und stattlichen Obstbäumen bestanden sein.

Erinnerung des BUND verpufft

Im Oktober 2020 hatte der BUND schon einmal auf die mangelhafte Pflege der Anpflanzung hingewiesen. Seinerzeit war ein alter Apfelbaum übermäßig stark mit Misteln befallen. Eine Antwort auf seinen Hinweis erhielt der BUND nie. Statt einer Sanierung des prächtigen Baumes entschied sich die Verwaltung für die Radikalkur und fällte den Baum – ersatzlos. An die fehlenden Bäume mochte sich wohl niemand erinnern.

Die Praxis, dass Parlamentsbeschlüsse zu Baugebieten im Odenwald regelmäßig nur für die Neubauten befolgt werden, ist keine Höchster Spezialität. Aber an diesem Beispiel kann erneut belegt werden, dass eine fehlende Verantwortlichkeit in der Verwaltung sowie bei den Parlamenten bei Umwelt- und Naturschutzmaßnahmen zu ständigem Misserfolg führt.

Schaufensterantrag Naturschutzgebiet?

Über den Antrag dreier Fraktionen, in Höchst ein Naturschutzgebiet einzurichten, wurde in der Presse ausführlich berichtet. Der BUND hält diese Aussicht zwar für erstrebenswert, aber wenn Naturschutzmaßnahmen, die vollständig in der Verantwortung der Antragsteller und des Bürgermeisters liegen, schon nicht realisiert werden, wie soll dann eine Kooperation mit dem Regierungspräsidium funktionieren? Wer seine eigenen Hausaufgaben nicht macht, der sollte eher nicht nach Geld und Unterstützung durch Dritte rufen.

Der BUND Odenwald hält daher ein Besinnen auf die eigenen Möglichkeiten und eingegangene Verpflichtungen für die Voraussetzung, neue Projekte erfolgreich anzugehen. Der neue Bürgermeister von Höchst kann mit Leichtigkeit zeigen, dass er dem Umwelt- und Naturschutz einen echten Stellenwert einräumt.